

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Überfall auf einen Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Meißen in 01471 Radeburg OT Bärwalde am 23.11.2012 gegen 14.30 Uhr durch eine Gruppe von ca. 15 – 20 vermutlich rechtsextremistisch motivierten Personen einer Gruppierung namens „Das Deutsche Polizei Hilfswerk“ (DPHW) (<http://www.dphw.de/index.htm>) Das DPHW bezichtigt sich in seiner Pressemitteilung Nr. 3 (<http://www.dphw.de/presse.htm>) selbst, „den Gerichtsvollzieher gemäß §127 StPO vorläufig festgenommen zu haben“.**

Fragen an die Staatsregierung:

1. Auf welche Weise beabsichtigt die Staatsregierung Gerichtsvollzieher bei ihrer amtlichen Tätigkeit künftig zu schützen?
2. Von wievielen der an dem Überfall beteiligten Personen wurde die Identität ermittelt?
3. Gegen wie viele der beteiligten Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen welcher Straftaten eingeleitet?
4. Welche der beteiligten Personen sind einschlägig vorbestraft oder waren in der Vergangenheit an rechtsextremistisch motivierten Straftaten beteiligt?
5. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Aktivitäten der „DPHW“ und deren Verbindungen zu rechtsextremistischen Personen oder Organisationen?

Dresden, den 3. Dezember 2012

Johannes Lichdi MdL

Eingegangen am: _____ Ausgegeben am: _____

